

Arbeitsmarktreform Hartz I – IV

Geheime Pläne - faule Früchte

Frieder Claus

friederclaus@web.de

Begleittext zur Präsentation

Die Politik der Agenda 2010 mit dem Kern von Arbeitsmarkt-, Renten- und Gesundheitsreform war ein Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik, der die soziale Ordnung in ähnlicher Weise auf den Kopf stellte, wie dies der 11. September mit der Sicherheits- und Außenpolitik tat.

Solche grundsätzlichen Veränderungen lassen sich nicht von heute auf morgen umsetzen, sie brauchen eine langjährige Vorbereitung und eine durchdachte Strategie. Diese soll hier in Grundzügen dargestellt und das Ergebnis kritisch bewertet werden.

Der Bauplan für die Sozialreformen der Agenda 2010 wurde bereits viele Jahre vorher geschmiedet.

1.1 Lambsdorff-Papier 1982

Fast eine Art Drehbuch für die Sozialreformen der Agenda 2010 war das „Lambsdorffpapier“ aus 1982, das der damalige Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium, später Bundesbankpräsident und dann Leiter des Kuratoriums der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ Hans Tietmeyer, entwarf. Zur Verbesserung der Kapitalerträge und einer Beendigung des „Interventionsstaats“ sollte die Sozialleistungsquote gesenkt und „Eigeninitiative und Selbstvorsorge“ gefördert werden. Das Drehbuch, das bereits Schröders Agendapolitik vorbereitete. So sollte das Renteneintrittsalter erhöht werden und eine stärkere Eigenbeteiligung bei den Gesundheitskosten erfolgen. Das Arbeitslosengeld sollte auf 12 Monate begrenzt und die Zumutbarkeitsregeln für Erwerbslose verschärft werden. Ggf. könne auch die Arbeitslosenhilfe an die Sozialämter übertragen werden. Das Papier führte 1982 zum Bruch der sozial-liberalen Koalition, Helmut Schmidt nannte es den Scheidebrief. Nach dem Vorbild Thatchers in Großbritannien und Reagans in den USA ging die Fundamentalkritik am Interventionsstaat zur rigorosen „Reform“-Politik über. Die Eckpunkte sind in der Form **xxl** heute alle umgesetzt.

1.2 Finanzmärkte als Fünfte Gewalt

Fast schon prophetisch bezeichnete der damalige Chef der Deutschen Bank Rolf-E. Breuer in einem ZEIT-Interview vom 27.4.2000 die Finanzmärkte als Fünfte Gewalt unseres Staates. Sie seien „effiziente Sensoren“ gegenüber Fehlentwicklungen, Regierungen sollten Anlegerwünsche, in denen Breuer die westlichen Wertvorstellungen manifestiert wähnt, deshalb auch viel stärker als bisher berücksichtigen. Die Wünsche der Investoren stünden nicht im Gegensatz zu den Grundorientierungen einer an Wohlstand und Wachstum orientierten Politik, sondern seien mit ihnen identisch. Die Finanzkrise lässt grüßen.

1.3 Unternehmenssteuerreform 2000

Im selben Jahr erfolgte die Unternehmenssteuerreform, die mit weniger Steuern für die großen Konzerne Arbeitsplätze schaffen sollte. Dies führte zu einem Kollaps der Körperschaftssteuer als Gewinnsteuer der Kapitalgesellschaften sowie der Gewerbesteuer. 2001 brachen 24 Milliarden Euro der Körperschaftssteuer weg – ca. ein Achtel des Bundeshaushalts - sowie weitere 4 Milliarden der Gewerbesteuer. Kaum eine Kapitalgesellschaft zahlte noch Steuern. Die öffentlichen Haushalte bis hin zu den Gemeinden verarmten – doch im gewollt schlanken, sprich armen Staat entstanden keine Arbeitsplätze. Stattdessen wanderten hunderttausende im Zuge liberalisierter Beschränkungen des Handels und Kapitalverkehrs ins Ausland ab, die Menschen aber blieben.

1.4 Lissabon-Strategie (verabschiedet im März 2000!):

Zielperspektive: EU soll bis 2010 der „wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum in der Welt“ sein.

Dieses Ziel soll erreicht werden, durch

- a) Erhöhung der Beschäftigungsquote europaweit auf 70 Prozent und ein jährliches Wirtschaftswachstum von 3% (ohne Festlegung, wie diese Beschäftigung aussehen soll !)
- b) die Schaffung bzw. Vollendung des Binnenmarkts für Dienstleistungen, (Bolkestein lässt grüßen)
- c) die Öffnung bisher abgeschirmter und geschützter Sektoren, d.h. Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Güter,
- d) stärkere Unternehmerfreundlichkeit, u. a. durch niedrigere Steuern für Unternehmen, Verlängerung der Arbeitszeit und mehr „Eigenverantwortung“ der Einzelnen für Gesundheit, Rente
- e) Steigerung der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt, das sind die Mini- und 1 Euro Jobs, der ausgehöhlte Kündigungsschutz.

Bereits 1993 empfahl der ERT der EU-Kommission, eine Europäische Wettbewerbs-kommission mit dem Mandat ins Leben zu rufen, die Wettbewerbsfähigkeit als höchste Priorität auf der politischen Agenda zu halten. Der Erfolg dieses ERT-Appells ist durchschlagend, denn die Wettbewerbsfähigkeit ist seit einiger Zeit in aller Munde.

Der ehemalige EU-Kommissionspräsident Santer folgte dem Wunsch der Industriellen und berief 1995 ein „Beratergremium zur Wettbewerbsfähigkeit“ mit 13 prominenten Industriellen, Gewerkschaftlern, Bankmanagern, Akademikern und Politikern. Vorsitz dieser Gruppe hatte der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des ERT und Vorsitzender von Unilever Floris Maljers. Diese Gruppe hat die Lissabon-Strategie konzipiert. Baron Daniel Janssen, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wettbewerbsfähigkeit des ERT beschrieb die neoliberalen Reformen der EU als „doppelte Revolution“:

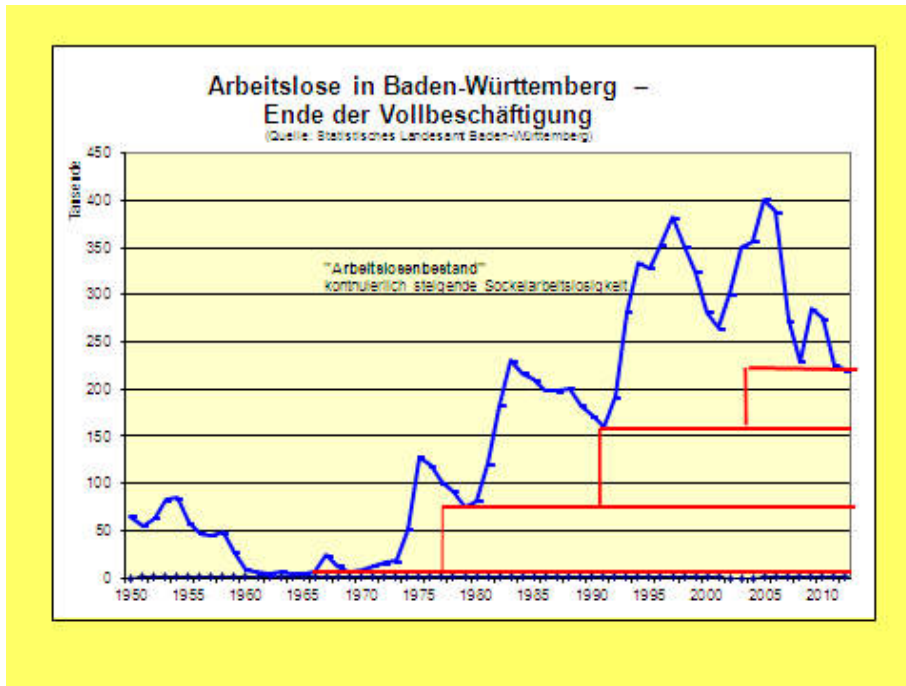
„Auf der einen Seite reduzieren wir Macht und Einfluss des Staates und des öffentlichen Sektors durch Privatisierung und Deregulierung. Auf der anderen Seite transferieren wir viel von der Macht der Nationalstaaten hin zu einer international ausgerichteten Struktur auf europäischer Ebene. Die europäische Integration entwickelt sich und hilft internationalen Industrien wie unserer.“

<http://www.trilateral.org/annmtgs/trialog/trlgtxts/t54/jan.htm>

1.5 Arbeitslosenkurve – Ende d. Vollbeschäftigung

Ein wesentlicher Hintergrund zur Durchsetzung der Agendapolitik waren die immer höheren Arbeitslosenzahlen, die treppenstufenartig eine steigende Sockelarbeitslosigkeit zurückließen. Damit bildete sich der Produktivitätszuwachs bei schwächerem Wachstum ab – immer mehr Menschen bleiben "übrig" bei der Produktion der notwendigen Güter.

Hier dargestellt am wirtschaftlich starken Baden-Württemberg:



2. Bertelsmann Stiftung – die Strippenzieher

* Quelle: Prof.Dr. Helga Spindler, Uni Essen-Duisburg in J.Wernicke / T.Bultmann 2007

„Netzwerke der Macht – Bertelsmann“; auch <http://www.nachdenkseiten.de/wp-print.php?p=4212> v. 23.9.09

Der sonst allgegenwärtige think tank der privaten Bertelsmann-Stiftung taucht überraschenderweise nur im Hintergrund auf - in der Organisation von nicht demokratisch legitimierten AG's und Zirkeln, in die nach eigenem gusto berufen wurde

- **7.5.1999 – B'Präs Herzog** beruft Projekt z. Förderung beschäftigungsorientierter Sozialpolitik in Kommunen, Koordination durch Bertelsmann Stiftung
 - > daraus entwickelt sich 2000 das Netzwerkprojekt „**BIK – Beschäftigungsförderung in Kommunen**“ mit 24 besonders innovativen Kommunen i.S. workfare, work first und später bekannten Namen, z.B. Arndt Schwendy u. Hermann Genz, Köln; Wolfgang Tiefenbach Leipzig (später Hartzkomm..), Matthias Schulze-Böing, Offenbach
 - Leitung Dr. Helga Hackenberg, Bertelsmann-Stiftg., organisiert u.a. Studienreisen nach London (New Deal Schröder/Blair-Papier) oder Wisconsin
 - Benchmarkingprojekte f. komm. Beschäftigungsförderung mit Lob für besonders rigide Projekte m. "work first" + Sanktionen schon b. Gesprächsangeboten; Fallmanager als "teacher, preacher, friend und cop"; Ausrichtung fast ausschließl. auf Kostenaspekt der Kommunen, nicht auf den Nutzen f. Arbeitslose – deren Qualifikation, Neigung, persönl. Ziele + Mitgestaltungsmögl. spielen keine Rolle

▪ **2.6.2000** – „Aktivierung d. Arbeitsmarktpolitik“

Thesepapier d. Benchmarking-Gruppe d. Bündnisses für Arbeit

- empfiehlt Aktivierungspolitik, Leiharbeit, neue Selbständigkeit, verstärkter Zwang u. Sanktionen, evt. Zusammenlegung AlHi + SozHi.
- Vorsitz Dr. Stefan Empter + Andreas Esche, Bertelsmann Stiftung
Koordination B'KanzlerAmt (Günther Schmid (auch Hartzkomm), Rolf Heinze, Wolfg. Streeck
(-> Idee d. aktivierenden Staats sollte transportiert werden)
- Studie d. B.-Stiftung v. Empter/Esche wird stark zitiert m. Aktivierungsberichten aus GB, DK, + D mit Forderung nach Abschaffung d. AlHi und Überweisung der Langzeitarblosen an dezentrale Fürsorgebehörde
- Zuarbeit durch Projektbüro Benchmarking aufgrund Kooperationsvereinbarung
B'Kanzleramt, B.-Stiftg + MaxPlanckInstitut z. wissenschaftl. Unterstützung d. AG Benchmarking
Wissenschaftl. verantwortl. Werner Eichhorst, ProjLeiter d. B.-Stiftg.

▪ **25./26.10.00** – Die **ASMK** (Konferenz der Arbeits- und Sozialminister, die große Schaltstelle der Sozialpolitik) fordert Min. Riester in dessen Anwesenheit zur Zusammenlegung von AlHi-SozHi auf.

Die Sozialistische Zeitung Nr. 3 v. 31.1.2001 [Generalangriff auf die Stütze - Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe geplant](#) kommentierte damals schon:

"Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wird der Druck auf Arbeitslose erhöht, jede noch so schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Dies verschärft die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt gerade in den Niedriglohnsegmenten und setzt tendenziell eine Lohndrift nach unten in Gang. Auch werden dadurch die Interessenvertretungsorgane und Organisationen der Arbeitnehmer in ihrer Durchsetzungskraft geschwächt."

▪ **2001 / 02** – **mehrere Handbücher** z. Aktivierung u. Kooperation ArbA + Kommunen, **gemeinsam herausgegeben** v. Bertelsmann BA, DStT, DLT, DStGB, Grußwort Min. Riester. Welch abenteuerlicher Mix von Herausgebern

▪ **2001/02** – **AG "Reform d. Arbeitsl.- u. Sozialhilfe"** (Vertr. v. BMA, Bertelsmann-Stiftg. L'Min., Kommunen, BA (Heinr. Alt), Gesamtmetall (Martin Kannegiesser), DGB (Wilh. Adamy)
– bewusst nicht beim BMA angesiedelt, da keine Institutionen u. Parteien gewünscht
– "Geheimzirkel", Sitzungen weder dokumentiert noch publik gemacht
– in der Öffentlichkeit ausgegeben als "Kommission unabhängiger Experten" eines Projekts der Bertelsmann-Stiftg. – diese Tarnbezeichnung muss man sich auf der Zunge vergehen lassen
– Finanzierung u. wissenschaftl. Expertise v. B.-Stiftung
– Initiative u. Themen v. Bernd Buchheit, AbtL BMA)
– Zusammenlegung v. AlHi + SozHi wurde "als einzig gangbare Lösung in der ArbMarktPolitik erkannt". (DGB widerspricht, kann sich aber nicht durchsetzen -> hätte spätestens hier publik machen müssen).
–> Festlegung vor Einberufung d. Hartz-Kommission, führt zu Presseauftritt Gerster / Clement (s. März 02)

▪ **Jan 2002 – Vermittlungsskandal der BA**

(9 Mon. vor Bundestagswahl - Dieser Skandal ermöglicht harte Einschnitte,

Inner Circle der Reformer: Frank.W.Steinmeier (B'KanzlerAmt)

Gerd Andres (BMA)

- holt Bernd Buchheit u.a. RefLeiter ins BMA (Min. Riester war damals auf seine Rentenreform fixiert)

- holt Sozialhilfe vom BMG ins BMA

Florian Gerster (Unternehmensber., IZA Pol.Fellow, Botsch. INSM, wird z. Nachfolger Jagodas gemacht)

Wolfgang Clement

- **März 02 – Clement u. Gerster** fordern Zusammenlegung ALHi + SozHi auf SozHi-Niveau (deutliches Signal d. BMA, wegen bevorstehenden Wahlen schnell wieder dementiert)

- **Jun 02 – Bertelsmann** stellt **Konzept z. Zusammenlegung ALHi + SozHi auf SozHi-Niveau** vor
Dies sei Ergebnis der "Sachverständigenkommission" (gemeint ist die geheime AG unter Federführung des BMA). Die Zusammenlegung sei unbedingt notwendig, um Ungerechtigkeiten zu beseitigen.
Damit wird ein hochrangiges Ergebnis mitten in die Arbeitsphase der Hartzkommission geworfen

- **22.2.–16.8.02 – Arbeit der Hartzkommission,**
Überstürzte Einberufung mit kürzestem Zeitfenster, das eigentlich nur die Übernahme vorliegender Arbeiten (Bertelsmann!) erlaubt
Vorschläge werden im Französischen Dom (Hausherr war ein Ratsmitglied der EKD) werbewirksam übergeben und sollen lt. Schröder „1:1“ übernommen werden – letztlich verbleibt fast nur Modul 6 (Zusammenführung ALHi + SozHi).
Beide große Kirchen fordern weitere Verschärfungen der Reform (insbes. Einschnitte in den Kündigungsschutz und die Tarifhoheit)

▪ **14.3.03 – „Reformrede“ Schröders**

- „Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft
- „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen“
- „Niemandem aber wird künftig gestattet sein, sich zu Lasten der Gemeinschaft zurückzulehnen
- „Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen

Alle 4 Punkte werden auch in der Rede des HauptAbtLeiters Dr. Bühler der Dt. Arbeitsfront 1940 benannt.

Die Deutschen Arbeitsfront (DAF) wurde am 10.5.1933 durch die Übernahme der freien Gewerkschaften, ihres Vermögens und unter Abschaffung des Streikrechts gegründet und sämtliche Angestellten- und Arbeiterverbände angebunden

▪ 17.4.03– Kommission z. Reform d. Gemeindefinanzen

stellt Bericht zur Zusammenlegung Arbeitslosen- und Sozialhilfe vor

- 4 Modelle
 - SozHilfe pur
 - --- " --- mit Armutsgewöhnungszuschlag (die spätere Gewinnversion)
 - --- " --- ----- " ----- + allg. Zuschlag f. Eingl.willige / ~fähige
 - aufwandsneutrales Modell Alhi + Sozhi (auf Wunsch DGB)
 - Sanktionen (wie umgesetzt)
 - Anrechng. Einkommen + Vermögen (wie umgesetzt)
 - Einkommensverluste d. Haushalte bei Modell 2 = 2,6 Mrd. € für 2,66 Mio. erwerbsf. L'Bez. Verlust-Bandbreite der Modelle insg. 0,5 – 3,5 Mrd. €
 - Keine Optimierung d. Eingliederungsleistungen, gleicher Pro-Kopf-Anteil wie bisher für 30% d. Leistungsberechtigten
 - > Verbesserung d. Vermittlung nicht umgesetzt
-
- „Reform-Lehrstück“ Hartz IV (bestand nach Frank Frick, Bertelsmann in folgendem Design:
 - Skandal um gefälschte BA-Vermittlungszahlen (zur politischen Durchsetzbarkeit)
 - Benchmarking international („alle anderen besser“, Auswahl + Bewertung nicht überprüfbar)
 - „Handverlesene Gremien“ ähnlich Denkender (ohne Abgeordnete, Betroffenenorganisationen, Verbände, Parteien, Sozialjuristen ...)
 - Vorsitzender, der Gewerkschaften ruhig hält (Peter Hartz)
 - Kluge Hintergrundstrategie Bertelsmann („Geheimbund“)

3. Vergessene Programme

▪ SPD:

„Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Deswegen wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe **keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau**“

(aus SPD Wahlprogramm: Erneuerung und Zusammenhalt Regierungsprogramm 2002 – 2006).

▪ Grüne:

"Die Grundsicherung fasst Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammen. Dabei wollen wir **keine Umwandlung von Arbeitslosenhilfe in Sozialhilfe**, sondern ein neues Leistungssystem. ArbeitslosenhilfebezieherInnen sollen nicht schlechter gestellt werden als bisher. Die Bezugsbedingungen der Grundsicherung sollen denen der Arbeitslosenhilfe angeglichen werden."

(aus Bündnis 90/Die Grünen, Vierjahresprogramm 2002 – 2006).

▪ Reformkritik Peter Hartz

- Kürzung Alg f. langjährig Versicherte = Betrug
- Zusammenlegung ALHi – SozHi = falsch umgesetzt
(war keine eigene Idee, im Kommissionsbericht anders gedacht – Hartz ging wohl vom Niveau der bisherigen ALHi aus)
- Klassifizierung der Arbeitslosen nach Marktnähe =Todsünde
- Drohender Rückbau der BA = fatal

4. Umsetzung

▪ Hartz I 23. Dez. 2003

u.a.

- Ausbau der Zeitarbeit (mit Einschränkung Kündigungsschutz, PSA's)
- Verschärfung d. Zumutbarkeit
- Befristete Arbeitsverhältnisse ohne sachl. Grund für Ü52
- ALHi nicht mehr dynamisiert, jährl. Abschläge -3% bleiben
- Massive Kürzungen der ALHi bei
 - Vermögensfreibetrag (520 € -> 200 €/L'jahr)
 - Anrechnung v. Partnereinkommen

▪ Hartz II 23. Dez. 2003

u.a.

- Einführung v. Mini- und Midi-Jobs
- Einführung v. Ich-AG's

▪ Hartz III 23. Dez. 2003

u.a.

- Umbenennung Bundesagentur für Arbeit
- Einschränkungen des Alg bei
 - Anwartschaft
 - Bemessung
 - Sperrzeittatbestände
 - Einkommensfreibetrag
- Kürzung Alg Bezugsdauer max. 12 Mon.
(ab 55 J. max. 18 Mon.)

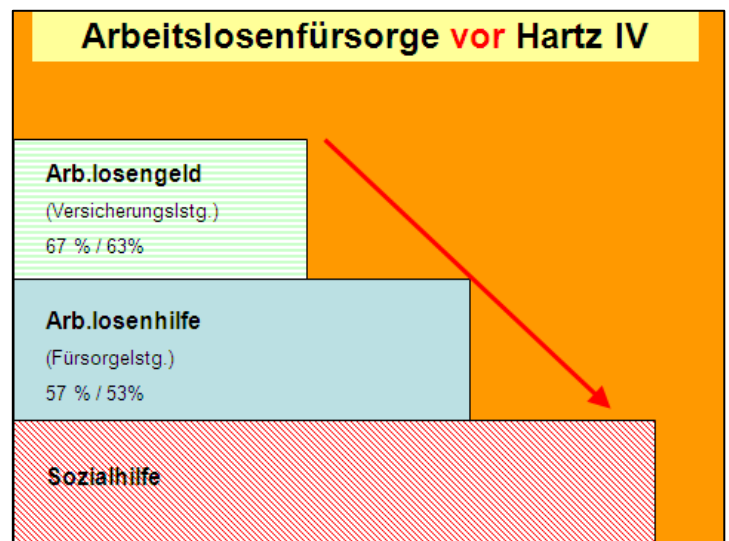
- **Hartz IV** 24. Dez. 2004 (das ultimative Weihnachtsgeschenk)
 - Beseitigung der Alhi, ersetzt durch verschärfte und abgesenkte SozHilfe (insb. b. Kindern, keine Bedarfsdeckung o. Ausrichtung an Menschenwürde, keine Anpassung an LU-Kosten, Wohnung unzureichend geschützt)
 - workfare statt welfare (Existenzsicherung zweitrangig, Sanktionierung bis zur abs. Mittellosigkeit, beseitigt Augenhöhe b.d. Lohnaushandlung)
 - Zumutbarkeit f. Arbeit bis zur Grenze der Sittenwidrigkeit abgesenkt (auch Arbeit ohne Lohn)
 - Entrechtung und Überwachung

5. Bewertung

▪ Arbeitslosenfürsorge **vor** Hartz IV

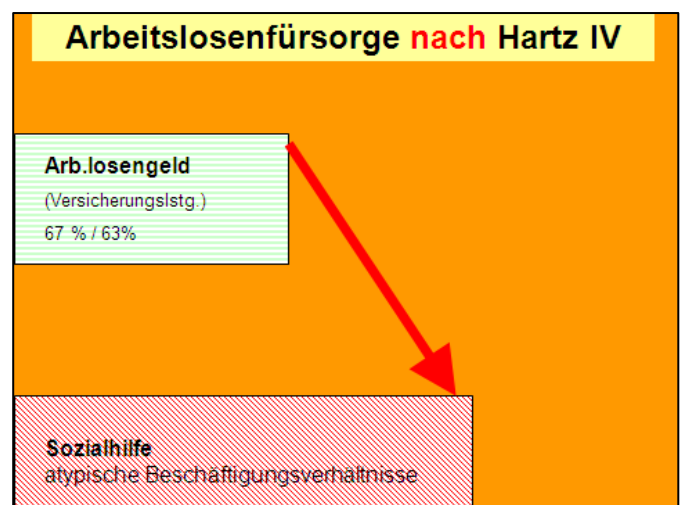
Hunderttausende Arbeitsplätze wanderten im Zuge liberalisierter Beschränkungen des Handels und Kapitalverkehrs ins Ausland ab, der öffentl. Dienst hatte über 1 Mio. abgebaut - die Menschen aber blieben.

Für die so übrig Gebliebenen sah man nun einen Totalumbau der Arbeitslosenfürsorge vor. Bis 2004 gab es noch ein dreigliedriges System. Nach dem ersten Netz des Arbeitslosengelds kam die Arbeitslosenhilfe, die noch ein Stück weit die berufliche Qualifikation, den bisherigen Lebensstandard, die Wohnung, das Angesparte und das Partnereinkommen schützte. Langfristig führte die Armutsrutsche dann in die Sozialhilfe.



▪ Arbeitslosenfürsorge **nach** Hartz IV

Mit der bewussten Auslagerung einfacher Arbeit in Billiglohnländer brauchte man diesen Schutz für die zu große Reservearmee der Arbeitslosen nicht mehr, man beseitigte die 2. Stufe der Arbeitslosenhilfe. Nach der Versicherungsleistung Arbeitslosengeld geht es sofort in eine verschärfte Sozialhilfe. Hier gibt es keinen Qualifikationsschutz mehr, jede Arbeit ist zumutbar. Man muss erst weitgehend verarmen, bevor man staatliche Hilfe erhält. Die Wohnung muss im unteren Standard liegen, Partnereinkommen sind ungeschützt. Vermittelt wird kaum noch in rechtssichere und versicherte Arbeitsverhältnisse sondern überwiegend in atypische Beschäftigung. Die ersten



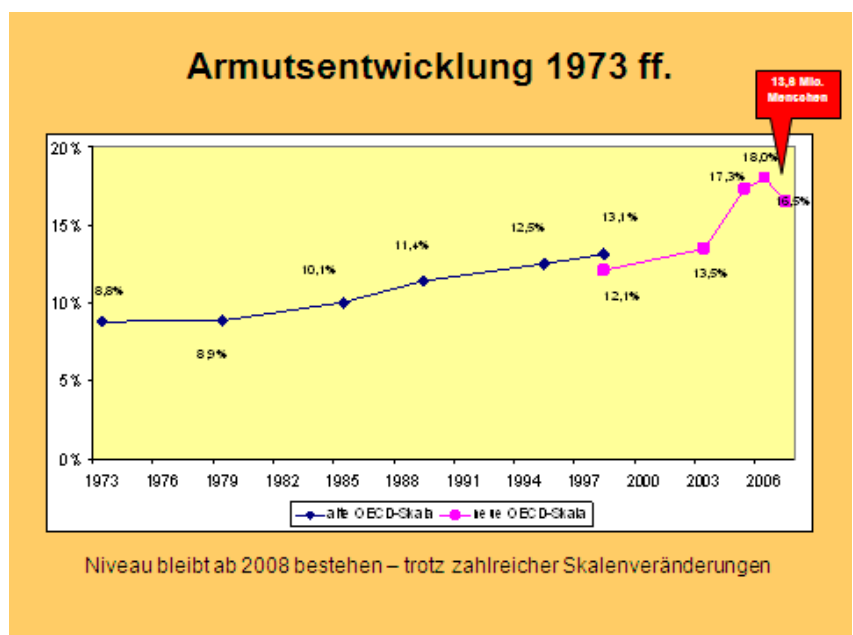
Hartzgesetze ab 2003 schafften solche Beschäftigungsformen mit Minijobs, Zeitarbeit und erweiterten Befristungen in zunehmend prekären Arbeitsverhältnissen. 2005 kamen mit Hartz IV die „Ein-Euro-Jobs“ hinzu. Die Zumutbarkeit von Arbeit wurde bis an die Grenze sittenwidriger Löhne abgesenkt. Drakonische Strafen bringen den notwendigen Druck auf Jobs, die vorher mit gutem Grund abgelehnt werden konnten. So entsteht eine hohe Nachfrage auf prekäre Arbeitsverhältnisse durch ein gepeitschtes Arbeitslosenheer, das „für Apfel und Ei“ jede Tätigkeit übernimmt und gleichzeitig als faul, dumm und arbeitsscheu verunglimpft wird. Die Kirchen haben zur Hartzreform als Massenverarmungsprogramm zur Erzwingung von Billigarbeit weitgehend geschwiegen oder forderten Verschärfungen ein. Sie mussten sich bei den Arbeitslosen eigentlich entschuldigen.

Hartz IV löste bei den Sozialgerichten eine Klageflut mit hohen Erfolgsquoten aus, noch heute ist ein Großteil der Bescheide falsch. Das Gesetzeswerk wurde inzwischen über 60 mal verändert, es waren meist Verschärfungen. Eine Fülle von Sondervorschriften für Arme ließ selbst das Diakonische Werk in Berlin von systematischer Entrechtung sprechen. So findet man etwa Unterhaltspflichten für Stiefkinder oder bis zu 25-jährigen mit Berufsausbildung, die es für Normalbürger nicht gibt. Bei jedem Strafzettel hat ein Widerspruch aufschiebende Wirkung, nicht jedoch bei der existenziell wichtigen Hartz-IV-Leistung. Die grundgesetzlich zugesicherte Vertragsfreiheit gilt nicht für Eingliederungs-„Verbarungen“, die erzwungen werden können. Junge „Kunden“ unterliegen bis 25 Jahren besonders scharfen Sanktionen, schon beim ersten Pflichtenverstoß wird die Geldleistung i.d.R. für drei Monate vollständig entzogen. Zudem unterliegen sie einem Auszugsverbot, das ihre Freizügigkeit gravierend beschränkt – alles unbegründete Altersdiskriminierungen. Auch eine Art von Sonderbehandlung sind regelmäßig wiederkehrende Missbrauchskampagnen, die Betroffene verunglimpfen und ihnen die Würde rauben. Der erste Hartz-IV-Minister Clement verstieg sich sogar zu der Bezeichnung Parasiten. Bei der marginalen Missbrauchsquote bleibt der zigfach höhere Steuerbetrug völlig draußen. Diese Aufzählung könnte vielfach erweitert werden.

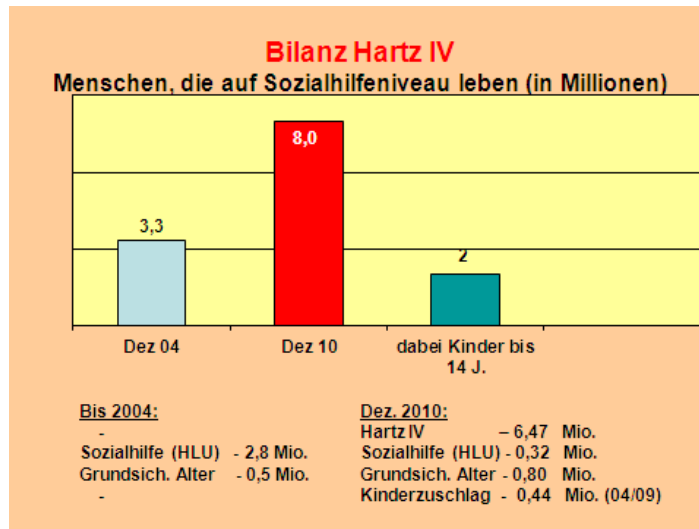
■ Armutsentwicklung 1973 ff.

Nach einer moderaten Armutsentwicklung lässt die Hartzreform die Armutsquote in einer steilen Zacke nach oben springen. Dieses Niveau wird seitdem in etwa gehalten. Neu hinzu kommen nun Kinder- und Altersarmut.

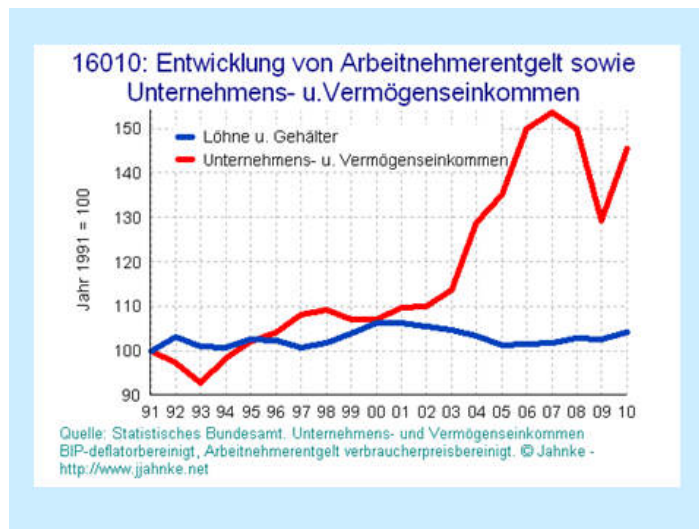
Die OECD stellt zur Wirkung unserer Reformen fest: „Seit dem Jahr 2000 haben in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen als in jedem anderen OECD Land.“



- **Bilanz Hartz IV – Menschen auf Sozialhilfeniveau**

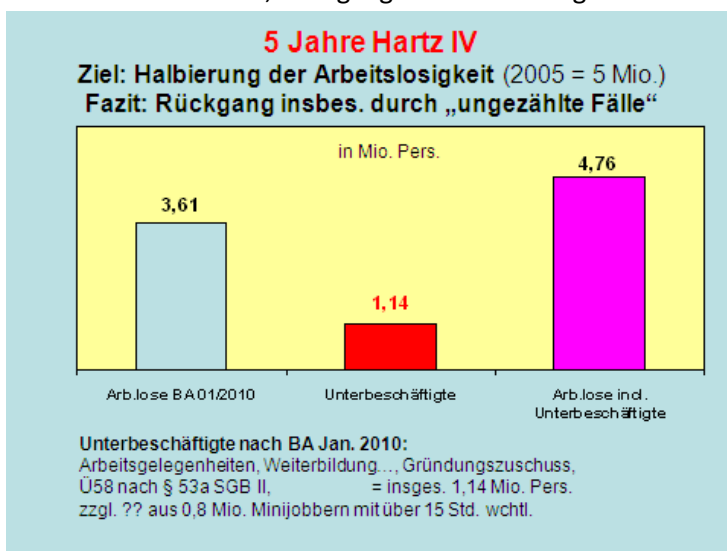


- **Entwicklung v. Arbeitnehmerentgelt sowie Unternehmens- u. Vermögenseinkommen – Polarisation durch soziale Spaltung**



- **5 Jahre Hartz IV – Halbierung d. Arbeitslosigkeit?**

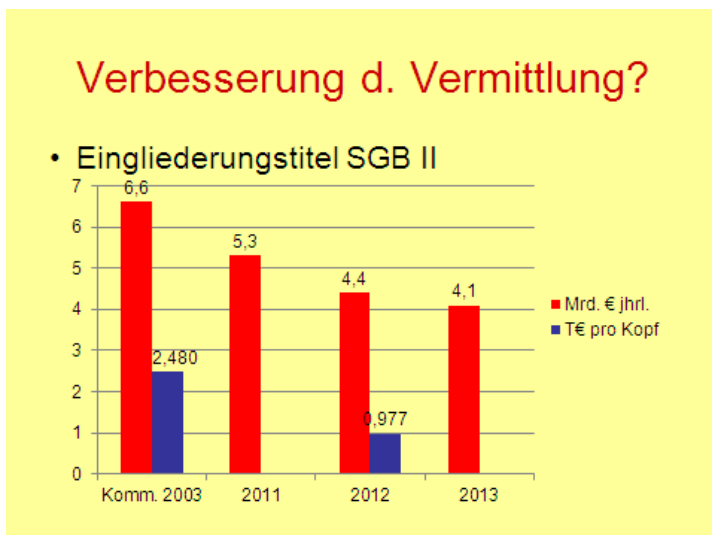
nicht ansatzweise, Rückgang der Arbeitslosigkeit insbesondere durch nicht mehr gezählte Fälle



- **5 Jahre Hartz IV – neue Arbeitsverhältnisse?** Überwiegend atypische Arbeitsverhältnisse



- **Qualifizierung von Arbeitslosen ? – Einschnitte durch die Instrumentenreform 2012**
 - Kürzung des Eingliederungstitels um ~ 20% = 1 Mrd. €, Rest jetzt 4,4 Mrd. €
Größter Einschnitt in Arbeitslosenversicherung, für die Folgejahre weitere Einschnitte vorgesehen (Sparpaket 2011-14 insges. -31 Mrd. €, davon Eingl.Lstgen -16 Mrd. €, Passivlstgen -15 Mrd. €)
 - Einseitige Deckungsfähigkeit v. Eingliederungs- mit Verwaltungstitel
-> Verw.Aufwand kann aus Förderbudget für Arbeitssuchende finanziert werden!
(die Obszönität der Arbeitsmarktpolitik!)
 - Förderung insbes. f. arbeitsmarktnahe Arbeitssuchende, arbeitsmarktferne Arbeitssuchende bleiben zunehmend unversorgt
 - Aktivierende Maßnahmen nur noch max. 2 J. innerhalb von 5 J.
 - § 16 d SGB II (Arbeitsgelegenheiten) von Soll- zur Kann-Leistung zurückgestuft
-> Rückbau ohne Ausgleich, Entgeltvariante wurde zudem gestrichen
 - § 16 e SGB II (Beschäftigungszuschuss f. sv-pflichtige Arbeit) hat keine Mittel, begrenzt auf max. 20% d. Eingl.titels
- **Verbesserung der Vermittlung?** – Eingliederungstitel SGB II, Budget (auch pro Kopf) stark rückläufig, Sanktionen aber steigen -> Fordern ohne Fördern



▪ **Sparpaket der Bundesregierung 2011 – 2014 – Arbeitslose für die Bankenrettung**

Sparpaket der Bundesregierung 2011 - 2014	
• Kürzungen in benannten Bereichen =	81,6 Mrd. €
• davon Bereich Soziales =	32,3 Mrd. €
• davon Arbeitslose =	31,1 Mrd. €
• -> Arbeitslose tragen 38% d. Einsparungen	

▪ **Leyen I - die Mogelpackung – Regelsatzerhöhung 5 + 3 €, unterm Strich Budgetverlust 1,4 Mrd. €**

Leyen I - die Mogelpackung	
Weniger Hilfe statt Teilhabe	
• Regelsatzerhöhung 5 + 3 € =	+ 0,3 Mrd. €
• Bildungspaket =	+ 1,6 Mrd. €
• Wegfall von Rentenbeitrag, Elterngeld, befrist. Zuschlag, Eingliederungsleistungen =	- 3,3 Mrd. €
•	
• Budgetverlust =	- 1,4 Mrd. €

Arbeitnehmer und Verbraucher tragen inzwischen fast 80% der Staatslasten, die horrend gestiegenen Gewinneinkommen beteiligen sich gerade noch mit ca. 12% am Steueraufkommen. Die obere Hälfte der Bevölkerung besitzt nun das gesamte private Nettogeldvermögen, die untere Hälfte also gar nichts mehr. Nach einem ganz aktuellen Bericht von Tax Justice Network lagern 21 – 32 Billionen Euro privaten Reichtums in Steueroasen. Die ungeheuer Summe liegt über dem Bruttosozialprodukt der USA und Japans zusammen. Aus seriösen, hochrangigen Datenquellen errechnet die Nichtregierungsorganisation, dass dreißig Prozent des globalen Finanzvermögens von einer verschwindend kleinen Elite von 92.000 Personen kontrolliert wird. Sie bestimmt, wo die Musik spielt. Und während wenige Wohlhabende große Vermögen in steuerfreien Offshoreregionen lagern, schultert der Großteil der Bevölkerung im eigenen Land die Schulden, die der Staat aufgenommen hat. Reichtum ist bei uns gewollt – Armut auch.

Fazit: Hartz IV ist nicht die Reform zur
besseren Integration in den Arbeitsmarkt

**Hartz IV ist ein
Massenverarmungsprogramm
zur Durchsetzung von
Niedriglohn**

Frieder Claus